

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8777 –**

Die Umsetzung der UN-Resolution 1325 mit einem Rechenschaftsmechanismus fördern

A. Problem

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 31. Oktober 2000 einstimmig die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Die Resolution verlangt u. a., Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten besonders zu schützen, diejenigen zu verfolgen, die Kriegsverbrechen an Frauen und Mädchen begehen, mehr Frauen in Friedensmissionen einzusetzen und mehr Frauen gleichberechtigt an Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau zu beteiligen.

Nach Auffassung der Antragsteller wird die Resolution trotz mancher Erfolge in Teilbereichen insgesamt nur schleppend umgesetzt. So sei ein großer Teil der Länder, die die Resolution ratifiziert haben, bisher der Aufforderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nicht gefolgt, Nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung vorzulegen; zu ihnen gehöre auch die Bundesrepublik Deutschland. Eine wesentliche Ursache für die unzureichende Umsetzung der Resolution sei das Fehlen eines Evaluations- und Rechenschaftsmechanismus, wie ihn die Resolution 1612 „Kinder in bewaffneten Konflikten“ enthalte. Mit einem solchen Mechanismus könne der Druck auf diejenigen Staaten erhöht werden, die ihrer Pflicht zur Umsetzung nicht angemessen nachkämen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern die Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Resolution 1325 in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu unterstützen, einen eigenen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung vorzulegen, sich dafür einzusetzen, dass auch andere Staaten dies tun, und im Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf einzubringen, der die Ergänzung der Resolution 1325 um einen Rechenschaftsmechanismus vorsieht, der dem in der Resolution 1612 vergleichbar ist.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8777 abzulehnen.

Berlin, den 26. September 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Dr. Egon Jüttner
Berichterstatter

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Stefan Liebich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Egon Jüttner, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Stefan Liebich, Dr. Rainer Stinner und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8777** in seiner 178. Sitzung am 10. Mai 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 61. Sitzung am 23. Mai 2012 zur gutachtlichen Mitberatung seinem Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 31. Oktober 2000 einstimmig die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Die Resolution verlangt u. a., Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten besonders zu schützen, diejenigen zu verfolgen, die Kriegsverbrechen an Frauen und Mädchen begehen, mehr Frauen in Friedensmissionen einzusetzen und mehr Frauen gleichberechtigt an Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau zu beteiligen.

Nach Auffassung der Antragsteller wird die Resolution trotz mancher Erfolge in Teilbereichen insgesamt nur schleppend umgesetzt. So sei ein großer Teil der Länder, die die Resolution ratifiziert haben, bisher der Aufforderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nicht gefolgt, Nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung vorzulegen; zu ihnen gehöre auch die Bundesrepublik Deutschland. Eine wesentliche Ursache für die unzureichende Umsetzung der Resolution sei das Fehlen eines Evaluations- und Rechenschaftsmechanismus, wie ihn die Resolution 1612 „Kinder in bewaffneten Konflikten“ enthalte. Mit einem solchen Mechanismus könne der Druck auf diejenigen Staaten erhöht werden, die ihrer Pflicht zur Umsetzung nicht angemessen nachkämen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern die Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Resolution 1325 in der Außen-, Sicher-

heits- und Verteidigungspolitik zu unterstützen, einen eigenen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung vorzulegen, sich dafür einzusetzen, dass auch andere Staaten dies tun und im Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf einzubringen, der die Ergänzung der Resolution 1325 um einen Rechenschaftsmechanismus vorsieht, der dem in der Resolution 1612 vergleichbar ist.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 122. Sitzung am 26. September 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 75. Sitzung am 26. September 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 66. Sitzung am 26. September 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 65. Sitzung am 26. September 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 28. Sitzung am 27. Juni 2012 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8777 in seiner 64. Sitzung am 26. September 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 26. September 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Egon Jüttner
Berichterstatter

Heidmarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Stefan Liebich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

